



## Niederschrift

### 20. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

---

**Sitzungstermin:** Dienstag, 05.10.2021  
**Sitzungsbeginn:** 18:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469  
Potsdam

---

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitz**

Herr Uwe Adler

SPD

Sitzungsleitung

**Ausschussmitglieder**

Frau Jana Schulze

DIE LINKE

Frau Angela Rößler

DIE aNDERE

Herr Pete Heuer

SPD

Herr Uwe Fröhlich

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lars Eichert

CDU

Herr Helmar Wobeto

AfD

**stellv. Ausschussmitglieder**

Frau Dr. Sigrid Müller

DIE LINKE

**sachkundige Einwohner**

Frau Julia Laabs

DIE aNDERE

Herr Tom Seefeldt

Freie Demokraten

Frau Nina Waskowski

DIE LINKE

**Beigeordnete**

Frau Brigitte Meier

Geschäftsbereich 3

**Vertreter der Beiräte**

Frau Fereshta Hussain

Migrantenbeirat

Herr Peter Mundt

Seniorenbeirat

**Nicht anwesend sind:**

**Ausschussmitglieder**

Frau Birgit Eifler

Bündnis 90/Die Grünen

entschuldigt

Fra Isabelle Vandre

DIE LINKE

entschuldigt

**zusätzliches Mitglied**

Herr Wolfhard Kirsch

Bürgerbündnis

entschuldigt

### **sachkundige Einwohner**

Herr Andreas Koch	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Herr Hendrik Nolde	Bündnis 90/Die Grünen	nicht entschuldigt
Herr Bertram Otto	SPD	entschuldigt
Frau Kerstin Sammer	CDU	nicht entschuldigt

### **Gäste:**

Frau Dr. Tina Denninger	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Hans-Ulrich Schmidt	Klinikum Ernst von Bergmann
Frau Uta Kitzmann	Fachbereich Soziales und Inklusion
Herr Gregor Jekel	Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Herr Ralf Krawinkel	Fachbereich Feuerwehr
Herr Jörg Bindheim	Schriftführer

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.09.2021 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte  
Gewalt und Stalking  
Vorlage: 21/SVV/0393  
Fraktion DIE aNDERE  
- Wiedervorlage -
- 4.2 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung  
Vorlage: 21/SVV/0455  
Fraktion Freie Demokraten  
- Wiedervorlage -
- 4.3 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam  
Vorlage: 21/SVV/0646  
Fraktion DIE LINKE  
- Wiedervorlage -
- 4.4 Prüfungsauftrag - Potentiale für zusätzlichen Wohnraum durch Aufstockung  
Vorlage: 21/SVV/0736  
Fraktion Freie Demokraten  
- Wiedervorlage -
- 4.5 Prioritäten im Baulandmodell  
Vorlage: 21/SVV/0853  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
- Wiedervorlage –

- 4.6 Senkung von Mietnebenkosten  
Vorlage: 21/SVV/0957  
Fraktion CDU
- 4.7 Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen einschränken  
Vorlage: 21/SVV/0971  
Fraktion DIE LINKE
- 4.8 Verbesserung des Umfeldes im Kirchsteigfeld  
Vorlage: 21/SVV/0896  
Fraktion Freie Demokraten
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Pflege vor Ort gestalten  
Vorlage: 21/SVV/0940  
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion
- 5.2 Umsetzungsvorschlag für ein Dialogforum mit dem Ziel, Wohnen im kommunalen Bestand in Potsdam weiter zu stärken  
Vorlage: 21/SVV/1009  
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 5.3 Bericht über die Auswirkungen eines Mietendeckels gemäß Beschluss 21/SVV/0496
- 5.4 Bericht zum Stand Haushaltsaufstellung Einzelhaushalt 2022
- 5.5 Notfallversorgung in der LHP
- 6 Vorstellung der neuen strategischen Ausrichtung des Klinikums Ernst von Bergmann (KEvB)
- 7 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Uwe Adler.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.09.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Adler stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Adler stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 07.09.2021 zur Abstimmung. Die Niederschrift wird einstimmig **bestätigt**.

Herr Adler schlägt die Änderung der vorliegenden Tagesordnung in folgenden Punkten vor:

Die Tagesordnungspunkte 4.2, 4.4 und 4.5 werden zurückgestellt. Als neuer Tagesordnungspunkt 6 wird die Vorstellung der „neuen strategischen Ausrichtung des Klinikums Ernst von Bergmann (KEvB)“ aufgenommen. Dieser Tagesordnungspunkt wird nach dem TOP 3 „Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums“ behandelt.

Unter dem TOP „Sonstiges“ informiert Herr Jekel über das Integrationsbudget für Geflüchtete für 2022.

Die so geänderte Tagesordnung wird von Herrn Adler zur Abstimmung gestellt. Die Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

### **zu 3      Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums**

Für den Seniorenbeirat berichtet Herr Mundt von bestehenden Problemen in einer Seniorenanlage in der Burgstraße. Er drückt die Erwartung einer Kontaktaufnahme zum Anbieter durch die Verwaltung aus, die bisher nicht erfolgt ist. Frau Kitzmann verweist darauf, dass die Verwaltung nicht als rechtlicher Vertreter von Senioren und Seniorinnen gegenüber privaten Anbietern auftreten kann. Hierzu gibt es keine gesetzliche Grundlage. Herr Eichert wirft ein, dass eine niedrighschwellige Kontaktaufnahme sehr wohl möglich sei. Frau Meier weist auf fehlende gesetzliche Regelungen auf Landesebene hin, die eine solche Kontaktaufnahme rechtlich absichern würden. Herr Adler weist darauf hin, dass sich in diesem Fall auch Politik selbst auf den Weg machen könne.

Als Gast meldete sich Herr Spade als Mitglied des Seniorenbeirates zu Wort. Nachdem für Herrn Spade durch den Ausschuss das Rederecht eingeräumt wurde, regt Herr Spade an, sich bezüglich bestehender Probleme an den Pflegestützpunkt zu wenden.

Für den Behindertenbeirat stellt Herr Okurka die Situation bezüglich einer angestrebten Änderung der Satzung des Behindertenbeirates vor. Er bittet die Verwaltung und die Stadtverordneten um Hilfe bei der Frage, wie die Satzung des Behindertenbeirates geändert werden kann. Als Beispiel nennt er den Behindertenbeirat in Cottbus mit vier stimmberechtigten Mitgliedern. Seit der letzten Sitzung des GSWI sei nichts passiert. In Potsdam sei das Problem, dass die für eine Änderung der Satzung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Beirates nicht erreicht werde.

Herr Adler signalisiert, dass die Botschaft angekommen sei. Frau Meier informiert über einen anstehenden Termin, in dem u.a. diese Frage erörtert werde.

Frau Hussein hat keine Ergänzungen seitens des Migrantinnenbeirats.

### **zu 4      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 4.1    Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking**

**Vorlage: 21/SVV/0393**

Fraktion DIE aNDERE

- Wiedervorlage -

Frau Dr. Müller bringt folgenden **Änderungsantrag** ein und begründet diesen:  
*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Landkreisen Havelland und Potsdam Mittelmark, sowie dem mit der kreisfreien Stadt Brandenburg unter Beteiligung des Landes Brandenburg, die Einrichtung einer regionalen Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, gegen sexualisierte Gewalt und gegen Stalking auf den Weg zu bringen.*

*Die Koordinierungsstelle soll alle lokalen Akteure im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt koordinieren, Netzwerke schaffen, Austauschformate organisieren, Bedarfe und Problemlagen eruieren und an die zu schaffende Landeskoordinierungsstelle weitervermitteln.*

*Die Stadtverordnetenversammlung soll im Januar 2022 über den Sachstand informiert werden.*

Mit diesem Änderungsantrag solle eine Idee aus dem Landtagsausschuss aufgegriffen werden, die Stelle regional aufzustellen. Die angestrebte Vernetzung zwischen Land, Landkreisen und Kommunen ist aus ihrer Sicht zu befürworten. Der Antrag sei entsprechend geändert worden.

Frau Dr. Denninger schließt sich inhaltlich grundsätzlich an, sieht die die Verwaltung der Kommunen aber bei einer Umsetzung in der Pflicht aktiv zu werden.

Herr Adler stellt die geänderte Fassung zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Landkreisen Havelland und Potsdam Mittelmark, sowie dem mit der kreisfreien Stadt Brandenburg unter Beteiligung des Landes Brandenburg, die Einrichtung einer regionalen Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, gegen sexualisierte Gewalt und gegen Stalking auf den Weg zu bringen.**

**Die Koordinierungsstelle soll alle lokalen Akteure im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt koordinieren, Netzwerke schaffen, Austauschformate organisieren, Bedarfe und Problemlagen eruieren und an die zu schaffende Landeskoordinierungsstelle weitervermitteln.**

**Die Stadtverordnetenversammlung soll im Januar 2022 über den Sachstand informiert werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 7 Zustimmungen und 1 Ablehnung mehrheitlich **angenommen.**

#### **zu 4.2 Abwasseranalyse als Frühwarnsystem zur Pandemiebekämpfung**

**Vorlage: 21/SVV/0455**

Fraktion Freie Demokraten

- Wiedervorlage -

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**zu 4.3 UV- und Hitzeschutzmöglichkeiten in Potsdam**  
**Vorlage: 21/SVV/0646**  
Fraktion DIE LINKE  
- Wiedervorlage -

Der Antrag wird nicht erneut eingebracht. Frau Meier hält nicht den Geschäftsbereich 3, sondern den Geschäftsbereich 4 für zuständig. Auch bei Pflegeheimen ist für den Hitzeschutz nicht die Verwaltung der LHP, sondern der Träger der Einrichtung zuständig.

Frau Schulze stellt folgenden **Geschäftsordnungsantrag**: Die Zuständigkeit für diesen Antrag ist verwaltungsintern zwischen dem GB3 und dem GB4 zu klären. Die Vorlage wird daher bis zur nächsten Sitzung unverändert zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**  
Mit 8 Zustimmungen einstimmig angenommen

**zu 4.4 Prüfungsauftrag - Potentiale für zusätzlichen Wohnraum durch Aufstockung**  
**Vorlage: 21/SVV/0736**  
Fraktion Freie Demokraten  
- Wiedervorlage -

Der Antrag wird zurückgestellt.

**zu 4.5 Prioritäten im Baulandmodell**  
**Vorlage: 21/SVV/0853**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
- Wiedervorlage -

Der Antrag wird zurückgestellt.

**zu 4.6 Senkung von Mietnebenkosten**  
**Vorlage: 21/SVV/0957**  
Fraktion CDU

Herr Jekel erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation zur Vorlage die fachliche Sicht der Verwaltung. Er weist darauf hin, dass durch einige von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Satzungen die Mietnebenkosten beeinflusst werden. So beispielsweise bei den Kosten für Abwasser, Müllentsorgung oder Straßenreinigung.

Vor diesem Hintergrund beantragt Herr Heuer per **Geschäftsordnungsantrag**, den vorliegenden Antrag durch Verwaltungshandeln als erledigt zu erklären.

Während Herr Adler die Argumentation von Herrn Heuer als schlüssig nachvollziehen kann, entgegnet Herr Eichert, dass der Antrag für ihn keineswegs durch Verwaltungshandeln erledigt sei. Er verweist auf Mietnebenkosten, die in Potsdam teilweise doppelt so hoch seien wie in anderen Regionen der Bundesrepublik. Dies sei ein Grund sich anzuschauen, wie diese niedrigeren Kosten erreicht werden können.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion stimmt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Heuer ab.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 5 Zustimmungen, 2 Ablehnungen und 1 Stimmenenthaltung mehrheitlich angenommen.

Damit ist der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt.

**zu 4.7 Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen einschränken**

**Vorlage: 21/SVV/0971**

Fraktion DIE LINKE

Bezüglich dieses Antrags führt Herr Jekel aus, dass das Land in einem Schreiben aus dem vergangenen Jahr bereits zur Schaffung der notwendigen Rechtsverordnung aufgefordert worden sei. Dazu liege bis heute keine Antwort vor. Es sei daher sinnvoll, das Land erneut entsprechend des Inhalts des Antrags anzuschreiben. Er ergänz, dass die Verwaltung zur Umsetzung einer Regelung aber entsprechendes zusätzliches Personal benötige.

Herr Eichert weist darauf hin, dass weder durch die Einschränkung der Umwandlung von Miet- zu Eigentumswohnungen, noch durch die Schaffung von Stellen in der Verwaltung neue Wohnungen entstünden. Dies erfolge nur durch Neubau von Wohnungen.

**Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber der Landesregierung Brandenburgs mit Nachdruck für den zeitnahen Erlass einer Verordnung zur Beschränkung der Umwandlung von Miets- in Eigentumswohnungen einzusetzen.

Dazu sollte auch die Unterstützung durch andere Kommunen gesucht werden.

Dem Hauptausschuss ist im Dezember 2021 zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 6 Zustimmungen und 1 Ablehnung mehrheitlich angenommen

**zu 4.8 Verbesserung des Umfeldes im Kirchsteigfeld**

**Vorlage: 21/SVV/0896**

Fraktion Freie Demokraten

Der Antrag wird von Herrn Seefeld eingebracht. Frau Schulze sieht eine Zuständigkeit eher im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes (SBWL) und stellt einen **Geschäftsordnungsantrag**, den Ausschuss für nicht zuständig zu erklären.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 6 Zustimmungen, 1 Ablehnung und 1 Stimmenenthaltung mehrheitlich angenommen.

## **zu 5        Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1     Pflege vor Ort gestalten**

#### **Vorlage: 21/SVV/0940**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

Frau Kitzmann informiert die Ausschussmitglieder über das Landesprogramm „Pflege vor Ort gestalten“. Sie berichtet über die Durchführung eines Workshops im Juni dieses Jahres, in welchem die zuvor entwickelte Förderrichtlinie vorgestellt wurde und mögliche Antragsteller erste Projektideen entwickeln konnten. Aktuell gehe es nunmehr darum, die in der Werkstatt entwickelten Projektideen in konkrete Anträge zu gießen.

Frau Schulze fragt nach, wie die notwendigen Kofinanzierungsmittel in Höhe von 20% des Antragsvolumens für dieses und nächstes Jahr bereitgestellt werden. Frau Kitzmann verweist auf haushalterische Restmittel für dieses und das kommende Jahr, bevor die Mittel dann ab 2023 in den Haushalt eingestellt werden können. Frau Meier ergänzt, dass auch Personalkosten in der Verwaltung als Kofinanzierung anerkannt werden.

Frau Schulze bittet um zeitnahe Informationen zum Antragsverfahren sowie zu den finanziellen Auswirkungen. Frau Kitzmann bietet an, in den kommenden Ausschüssen über die jeweiligen Sachstände zu berichten. Der Vorschlag wird begrüßt.

### **zu 5.2     Umsetzungsvorschlag für ein Dialogforum mit dem Ziel, Wohnen im kommunalen Bestand in Potsdam weiter zu stärken**

#### **Vorlage: 21/SVV/1009**

Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration

Herr Jekel erläutert die Mitteilungsvorlage, wie ein Dialogforum mit dem Ziel umgesetzt werden kann, Wohnen in kommunalem Bestand weiter zu stärken. Dies soll im Zusammenhang mit der Fortschreibung des wohnungspolitischen Konzepts erfolgen. Die Umsetzung dieses Vorhabens soll in Kürze ausgeschrieben werden. In der Sitzung des Potsdamer Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen am 14.10.2021 wurde die Aufgabenstellung den Wohnungsmarktakteuren vorgestellt.

Aufgabe des Dialogforums sei es auch, Ideen von Bürgerinnen und Bürgern zu erfassen und in die Fortschreibung einzubauen.

Frau Dr. Müller hält die Verbindung beider Prozesse für sinnvoll und fragt nach einem groben Zeitplan der Umsetzung. Herr Jekel antwortet, dass noch im Oktober alle Unterlagen zur Verfügung gestellt werden und der Vergabeprozess noch in diesem Jahr durchgeführt werden soll.

### **zu 5.3     Bericht über die Auswirkungen eines Mietendeckels gemäß Beschluss 21/SVV/0496**

Herr Jekel stellt den Bericht anhand einer Power-Point-Präsentation vor (siehe Anlage). Grundlage des Berichtes ist der Wirtschaftsplan der ProPotsdam. Greift ein Mietdeckel, so sind negative Auswirkungen u.a. auf Neubau von Wohnungen und Sanierung bestehender Anlagen nur durch eine finanzielle Kompensation der



Einnahmeausfälle durch kommunale Mittel vermeidbar.

Herr Heuer hebt hervor, dass nichtkommunale Anbieter profitieren würden, wenn der Mietendeckel Wohnungsbau des kommunalen Unternehmens verhindere.

Herr Eichert vertritt den Standpunkt, dass die Brandenburgische Kommunalverfassung ein kommunales Engagement in freifinanzierten Wohnungsbau nicht vorsehe.

#### **zu 5.4 Bericht zum Stand Haushaltsaufstellung Einzelhaushalt 2022**

Frau Meier stellt die Herausforderungen zur Aufstellung des Haushalts 2022 dar und geht davon aus, dass die eigentlichen Anforderungen mit der Haushaltsaufstellung 2023/2024 bewältigt werden müssen. Für 2022 waren u.a. Mehrausgaben in Höhe von 7,1 Mio. € bei den Hilfen zur Erziehung im Geschäftsbereich 2 und 8 Mio. € für den Betrauungsakt zu „stemmen“. Sie hebt hervor, dass leichte ausgabenseitige Erhöhungen in vielen Bereichen geplant sind. Stärkere haushalterische Belastungen sind beispielsweise durch die Umsetzung des BTHG und des §35a SGB VIII begründet. All diese Belastungen führen laut Frau Meier jedoch nicht zu einem Kahlschlag im sozialen Bereich. Frau Meier kündigt die Teilnahme von Herrn Exner an einer der nächsten Ausschusssitzungen zur weiteren Diskussion an.

#### **zu 5.5 Notfallversorgung in der LHP**

Herr Krawinkel stellt die aktuelle Situation anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Er betont zunächst, dass die Notfallversorgung der Potsdamer Bürgerinnen und Bürger zu jedem Zeitpunkt sichergestellt ist, auch wenn die Situation insgesamt angespannt ist. Gründe hierfür liegen u.a. darin, dass die Anzahl der sogenannten Fehlfahrten zugenommen hat. Weiterhin haben viele Menschen aufgrund der Corona-Pandemie medizinische Behandlungen oder Eingriffe herausgezögert, so dass schwerere Krankheitsverläufe vorliegen. Auch sind die Einsätze in und für Alten- und Pflegeheim angestiegen.

Diese Situation trifft auf eine angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt. Fachkräfte sind auch in diesem Bereich nur schwer zu gewinnen. Das Thema wird derzeit auch auf Landesebene besprochen.

Zur Abmilderung der Situation in der LHP strebt Herr Krawinkel an, über Öffentlichkeitsarbeit auf eine Senkung der Fehlfahrten hinzuwirken. Hierzu müssten die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert werden, in welchen Fällen die 112 und in welchen die 116117 angewählt werden sollten.

#### **zu 6 Vorstellung der neuen strategischen Ausrichtung des Klinikums Ernst von Bergmann (KEvB)**

Frau Meier und der Geschäftsführer des KEvB, Herr Schmidt, stellen anhand von Power-Point-Präsentation die strategische Neuausrichtung des Klinikums vor. Frau Meier stellt als inhaltliche Leitplanken acht Thesen vor (Punkt 3 der Anlage 1) und verweist zusätzlich darauf, dass es im gesamten Land Brandenburg keine geronto-psychiatrische Einrichtung gibt. Herr Schmidt stellt die geplanten Strukturen im KEvB vor, verweist auf die Einbeziehung von Mitarbeitenden in

Workshops sowie darauf, dass die strategische Neuaufstellung auf einen Zeitraum von 5 Jahren angelegt ist.

Frau Laabs fragt, nach welchen Kriterien die beteiligten Mitarbeitenden ausgewählt wurden. Herr Seefeld hebt hervor, dass das Klinikum zu großen Teilen auch Bedarfe aus dem Umland deckt, das wirtschaftliche Risiko aber alleine durch die Landeshauptstadt zu tragen wäre. Herr Heuer bemerkt, dass das „Einmischen“ der Politik in die Belange des Klinikums zurückliegend sicherlich berechtigt war, nunmehr aber das Klinikum wieder seine laufenden Geschäfte ohne diese enge Begleitung aus der Politik führen sollte. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die bestehenden Kontrollorgane des Klinikums. Weiter hebt er hervor, dass auf absehbare Zeit nicht von Gewinnabführungen an des KEvB an die Landeshauptstadt Potsdam auszugehen sei. Die Erwartung sei aber schon, dass sich KEvB selber finanziert.

Frau Schulze fragt nach, welchen Zeitraum die Anerkennung ausländischer Pflegefachkräfte umfasst. Herr Schmidt geht von einem Zeitbedarf von 15 Monaten aus, verweist aber gleichzeitig auf ein Modellprojekt, welches das Erreichen der Anerkennung in einem Zeitraum von 6 bis 7 Monaten anstrebt. Hierzu kann gerne in ca. 1 Jahr erneut berichtet werden.

## **zu 7      Sonstiges**

Herr Adler weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des GSWI am 16.11.2021 im Oberlinhaus stattfindet.

Herr Jekel informiert, dass Anträge zur Förderung der Integration von Geflüchteten bis zum 30.11.2021 im Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration eingereicht werden können. Grundlage der Förderung ist „Richtlinie zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Flüchtlingen 2022/2023“.

**Uwe Adler**  
**Ausschussvorsitzender**

**Jörg Bindheim**  
**Schriftführer**